

MIKOWA

btu

Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg

Müssen wir zuhören?

Besorgte Bürger*innen – Resonanzräume zwischen legitimem Protest
und Demokratiefeindlichkeit. Eine Forschungsnotiz.

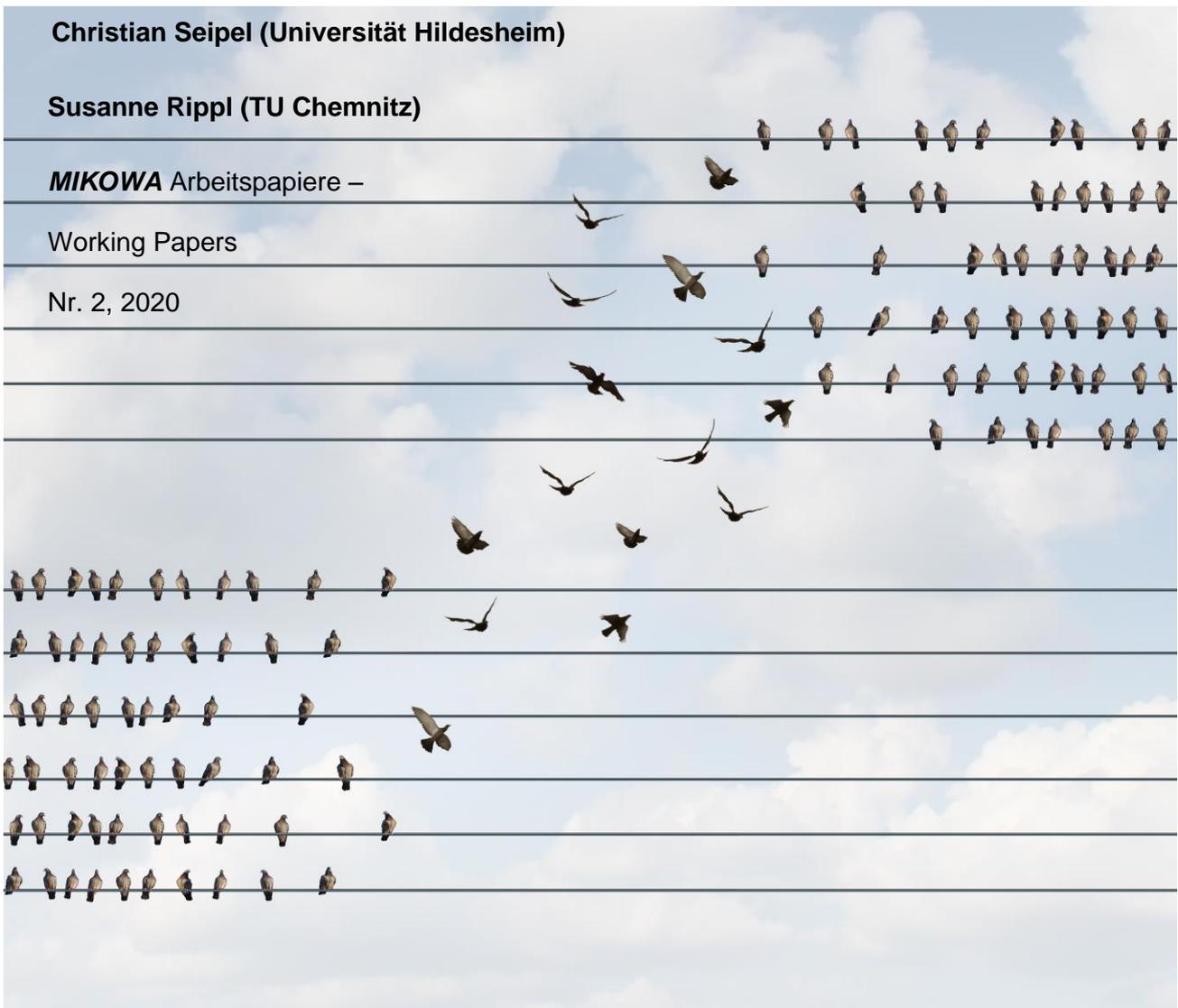
Christian Seipel (Universität Hildesheim)

Susanne Rippl (TU Chemnitz)

MIKOWA Arbeitspapiere –

Working Papers

Nr. 2, 2020



Zitiervorschlag:

Seipel, C & Rippl, S (2020). Müssen wir zuhören? Besorgte Bürger*innen – Resonanzräume zwischen legitimem Protest und Demokratiefeindlichkeit. Eine Forschungsnotiz, *MIKOWA* Arbeitspapiere, *MIKOWA* – Forschungsplattform Migration, Konflikt und sozialer Wandel; Nr.2, 2020. DOI <https://doi.org/10.26127/BTUOpen-5276>

MIKOWA Arbeitspapiere werden zum Zwecke der Information und Inspiration von Diskussionen unter Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und Politiker*innen bereitgestellt. Sie sind kostenlos.

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Autor*innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

BTU Cottbus-Senftenberg
Forschungsplattform „Migration, Konflikt und sozialer Wandel“
(*MIKOWA*)
c/o Prof. Dr. Anna Amelina
Lehrstuhl für Interkulturalität
Erich-Weinert-Straße 1-2
D-03046 Cottbus
Homepage: <https://www.b-tu.de/mikowa/>

DOI <https://doi.org/10.26127/BTUOpen-5276>

Abstract

„Besorgte Bürger*innen“ grenzen sich in ihrem Selbstverständnis davon ab, rechtsextreme Orientierungen aufzuweisen. Das Ziel der folgenden Analysen ist es, der Frage nach den tatsächlichen Motivlagen der „besorgten Bürger*innen“ genauer nachzugehen und die Rolle verfestigter rechtsextremer Weltbilder im Vergleich zu Protestmotiven zu beleuchten. Dazu werden empirische Befunde des Sachsen-Monitors 2018, der Mitte-Studien von 2016 und 2018 sowie Ergebnisse teilnehmender Beobachtungen von Pegida-Demonstrationen herangezogen. Die empirischen Analysen weisen aus, dass es sich bei den „besorgten Bürger*innen“ keineswegs um „normale Durchschnittsbürger*innen“ handelt – ihr Einstellungsprofil weicht deutlich von dem der übrigen Bevölkerung ab. Der Beitrag schließt mit Überlegungen, ob „Zuhören“ und „mit Rechten reden“ geeignete Mittel in der politischen Auseinandersetzung sind. Ferner wird die Frage diskutiert, inwieweit im Kontext des vorgelegten Forschungsdesigns Prozesse des „Othering“ die Ergebnisse beeinflussen könnten.

Key words: Rechtsextremismus, AfD, Pegida, Rechtspopulismus; Besorgte Bürger*innen

Abstract

“Concerned citizens” differentiate themselves in their self-image from right-wing extremist orientations. The aim of the following analysis is to investigate the actual motives of the “concerned citizens” more closely and to shed light on the role of solidified right-wing extremist worldviews in comparison to protest motives. For this purpose, empirical findings from the Sachsen-Monitor 2018, the Mitte Studies from 2016 and 2018 as well as the results of participating observations of Pegida demonstrations are used. The empirical analysis shows that the “concerned citizens” are by no means “normal, average citizens” - their attitude profile differs significantly from that of the rest of the population. The article closes with considerations as to whether “listening” to persons with right-wing worldviews is a suitable strategy in the political debate. Furthermore, the question of the extent to which processes of “othering” could influence the results in the context of the presented research design is discussed.

Key words: Right-wing extremism, AfD, Pegida, right-wing populism, “concerned citizens”

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Motive der „besorgten Bürger*innen“ – eine theoretische Verortung	6
3. Wer sind die „besorgten Bürger*innen“?	7
4. „Wir sind doch keine Nazis“ – empirische Erkundungen	8
5. Fazit – Wer sind die „besorgten Bürger*innen“ und sollte man ihnen eine Bühne bieten?	13
6. Quellenverzeichnis	16

1. Einleitung

Dieser Beitrag geht auf die Frage ein, wer die Sympathisant*innen rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Deutschland sind, die sich selbst als „besorgte Bürger*innen“ bezeichnen und mit dieser Selbstbezeichnung zugleich beanspruchen mit ihren „Sorgen“ Gehör zu finden. Was auf der einen Seite als Diskursverschiebung nach rechts außen gesehen wird, wird auf der Seite der Sympathisant*innen als Widerstand und Protest und als demokratisches Grundrecht deklariert. Innerhalb dieses Spannungsfelds versucht der vorliegende Beitrag diese pauschalen Aussagen und Selbstbeschreibungen mit Inhalten zu füllen: Was sind tatsächlich die Einstellungen und Motive der sogenannten besorgten Bürger*innen und inwieweit lassen sich diese als legitimer Protest in einem demokratischen Streit von Meinungen einordnen? Müssen und sollten wir den „besorgten Bürger*innen“ zuhören, oder sollten wir dies nicht tun? Der Beitrag versucht dieser Frage theoretisch, aber auch empirisch näher zu kommen.

Ausgangspunkt ist die Prämisse, dass man sich doch eigentlich freuen könnte, wenn deutsche Bürger*innen auf die Straße gehen, um zu demonstrieren und für ihre politischen Überzeugungen einzutreten. Die häufig konstatierte Politikverdrossenheit könnte durch eine „Politik von unten“ überwunden werden – von der Selbstermächtigung der Bürger*innen wird gesprochen. Protest ist aus einer konflikttheoretischen Perspektive positiv konnotiert, er ist ein konstruktives Element, das zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft beiträgt. Allerdings trifft dies nicht auf alle Formen des Protests zu. An diesem Punkt geht es um die Frage, welche inhaltliche Ausrichtung die „besorgten Bürger*innen“ eigentlich vertreten, welche Einstellungsmuster sich feststellen lassen, welche Ziele sie verfolgen und ob diese mit unserer demokratischen Gesellschaftsordnung vereinbar sind. Geht es tatsächlich um demokratische Selbstermächtigung oder vielmehr um eine destruktive Vetohaltung von Menschen, die mit der Komplexität der Welt überfordert sind und diese Überforderung regressiv lösen wollen? Eine erste Annäherung zur Beantwortung dieser vielfältigen Fragen erfolgt im vorliegenden Beitrag anhand ausgewählter empirischer Befunde des Sachsen-Monitors 2018 sowie der Mitte-Studien 2016 und 2018. Zudem wird ergänzend auf Beobachtungen im Kontext von Pegida-Demonstrationen zurückgegriffen.

2. Motive der „besorgten Bürger*innen“ – eine theoretische Verortung

Die Erklärungsansätze, die Motive der Anhänger*innen rechter Bewegungen beleuchten, benennen häufig das Motiv einer „Protestwahl“, die sich aus der Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen einer sich rapide verändernden Gesellschaft ergebe. Vereinfacht zusammengefasst, so die Annahme, wenden sich wirtschaftlich, politisch und kulturell abgehängte, verunsicherte und frustrierte Personen rechten Bewegungen zu (Decker et al. 2018; Dörre 2016; Eribon 2016; Inglehart & Norris 2016; Lengfeld & Dilger 2018; Lilla 2017; Nachtwey 2016; Rippl & Seipel 2018). Verfestigte rechtsextreme Einstellungsmuster und autoritäre gesellschaftliche Leitvorstellungen werden dabei selten als mögliche weitere Motivationen benannt (eine Ausnahme etwa: Dowling et al. 2017). Damit verbunden ist die politische Forderung, diesen Menschen mit ihren „Besorgnissen“ doch „endlich zuzuhören“ (Richter 2018).

Insbesondere wirtschaftlich und politisch argumentierende Ansätze favorisieren die Idee einer Hinwendung zu rechten Parteien als einer Art „Notwehr“ oder Protest gegen zunehmende wirtschaftliche Verunsicherung (Modernisierungsverlierer-These) oder als Ausdruck von Gefühlen politischer Machtlosigkeit (Postdemokratie-These), ausgelöst durch neoliberale Politikregime und Globalisierungsschübe (Heitmeyer 2018; Rippl & Seipel 2018). Der kulturell argumentierende Erklärungsstrang (Cultural Backlash-These: Inglehart & Norris 2017; Lilla 2017) rekurriert auf die Folgen des rapiden Wertewandels der letzten Jahrzehnte. Der Wertewandel hin zu einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, so die These, habe zu einer kulturellen Spaltung der Gesellschaft geführt, da ein Teil der Bevölkerung von diesen Diskursen (z.B. Emanzipation der Frau, Genderdiskurse, Rechte für Homosexuelle, multikulturelle Gesellschaft) abgehängt sei und weiterhin am Ideal einer geschlossenen, weitgehend homogenen Gesellschaft festhalte. Die Überforderung durch einen rapiden kulturellen Wandel kann zum einen als Orientierungskrise aufgefasst werden, die zu Protestverhalten führt. Zum anderen bietet das Festhalten an traditionellen gesellschaftlichen Leitbildern mit der Ausrichtung auf ein antiplurales Gesellschaftsmodell mit einem völkisch-homogenen Bevölkerungsideal klare Schnittstellen zu rechtsextremen Politikprogrammen. Die grundlegende Ablehnung der Prinzipien einer offenen und pluralen Gesellschaft oder auch Rassismus könnten somit ebenso das Hintergrundmotiv sein. Die möglichen Motivlagen der „besorgten Bürger*innen“ reichen vor dem Hintergrund dieser Erklärungsansätze daher von Protestverhalten bis zu genuinem Rechtsextremismus (Dowling et al. 2017) bzw. autoritärem Nationalismus (Heitmeyer 2018) oder einer Mischung aus diesen beiden Motivlagen.

Im Kontext dieser Bedingungen kann die Ablehnung von Fremden Ausdruck verschiedener Mechanismen sein. Fremde können als Projektionsfläche für Gefühle der Verunsicherung fungieren, zum anderen kann ihre Ablehnung aber auch auf völkischen und rassistischen Grundhaltungen basieren. Im Kontext des ersten Mechanismus führen wirtschaftliche und kulturelle Verunsicherungen zu Fremdenfeindlichkeit, beim zweiten Mechanismus werden aus weltanschaulich-ideologischen und rassistischen Motivlagen heraus multikulturelle Lebensformen abgelehnt.

3. Wer sind die „besorgten Bürger*innen“?

Dem Begriff „besorgte Bürger*innen“ liegt keine klare wissenschaftliche Definition zugrunde. Ursprünglich ist es eine Selbstcharakterisierung von Bürger*innen, die bei Pegida demonstrieren oder die AfD wählen, verbunden mit der Selbstbeschreibung: „Wir sind doch keine Nazis, wir sind nur besorgte Bürger*innen.“ Die Abgrenzung, „keine Nazis“ zu sein, ist dabei von besonderer Relevanz – sie wird reflexhaft vorgetragen, um einer gesellschaftlichen Stigmatisierung zu entgehen. Die Zuwanderungsthematik kann als zentraler Schnittpunkt für diese heterogene Gruppe gelten. Die „Angst“ vor mehr Zuwanderung ist in weiten Teilen der Bevölkerung anschlussfähig und geht weit über den engeren Kreis einer sich offen bekennenden Gruppe rechtsextrem gesinnter Personen hinaus. Somit kann die „Angst“ vor Zuwanderung und Überfremdung als Merkmal gelten, das den losen Zusammenhang zwischen Personen verschiedener Motivlagen und sozialer Milieus herstellt. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht können diejenigen, die zu dieser Gruppe der „Besorgten“ gehören, hinsichtlich ihrer soziodemografischen Merkmale und ihrer jeweiligen Motivlage beschrieben werden. Hinsichtlich ihrer soziodemografischen Merkmale liegt inzwischen eine größere Zahl von Analysen vor, die sich meist auf die enger umrissene Gruppe der AfD-Wähler*innen beziehen und zeigen, dass in bildungsfernen und ökonomisch schlechter gestellten sozialen Lagen eine stärkere Anfälligkeit dafür vorliegt, Sympathien für die AfD zu haben oder die Absicht zu hegen, diese Partei zu wählen, dass diese Anfälligkeit aber durchaus bis weit in die Mittelschicht hinein verbreitet ist (Decker et al. 2018; Rippl & Seipel 2018). Die Motive der Sympathisant*innen werden nicht primär in der wirtschaftlichen Deprivation selbst lokalisiert. Bedeutsamer sind Gefühle der politischen Machtlosigkeit und insbesondere der Wunsch nach einer kulturellen gesellschaftlichen Schließung (Lengfeld & Dilger 2018; Lux 2018; Rippl & Seipel 2018). Das Ziel der folgenden Analysen ist es, der Frage nach den

Motivlagen der „besorgten Bürger*innen“ (nicht nur beschränkt auf die AfD-Wähler*innen) genauer nachzugehen und die Rolle verfestigter rechtsextremer Weltbilder im Vergleich zu Protestmotiven zu beleuchten.

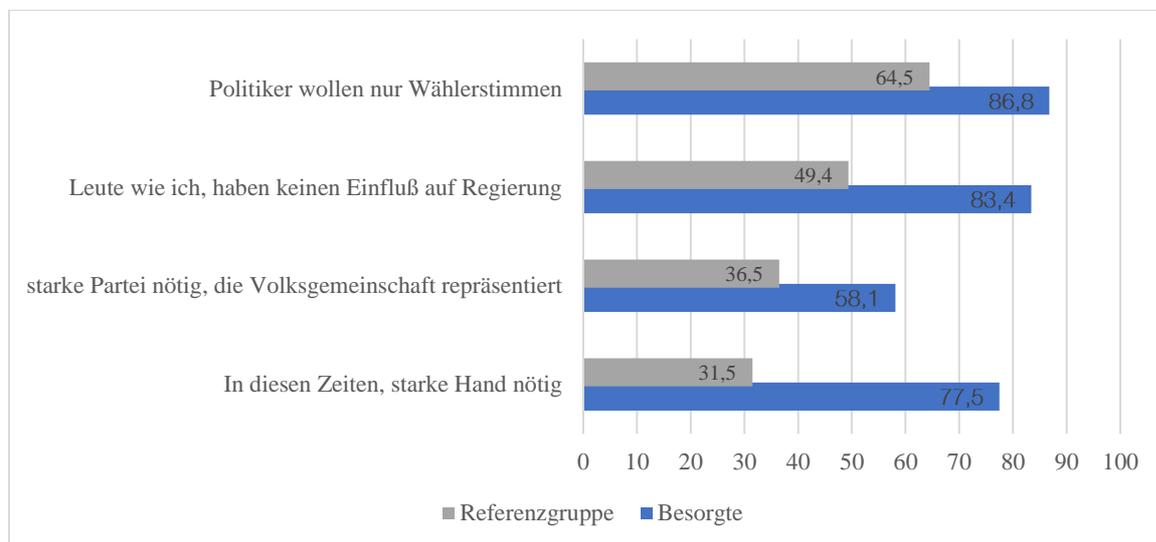
4. „Wir sind doch keine Nazis“ – empirische Erkundungen

Um die nur unscharf umrissene Gruppe der „besorgten Bürger*innen“ empirisch zu fassen, werden im Folgenden verschiedene Zugänge gewählt. Zum einen fließen Beobachtungen von Demonstrierenden im Kontext von Pegida-Protesten ein, des Weiteren werden AfD-Wähler*innen betrachtet. Einen noch weiter gesteckten Zugriff ermöglichen Analysen, in denen die Motive von Bürger*innen analysiert werden, die „Überfremdungsängste“ im Kontext der Zuwanderung äußern.

Betrachtet man aus diesen verschiedenen Perspektiven die Motivlagen der „besorgten Bürger*innen“, so lässt sich als Quintessenz bisheriger Studien feststellen, dass wirtschaftliche Deprivation zwar ein häufiges Merkmal ist, aber keine zentrale Rolle für die Motivation spielt, die AfD zu wählen. Kulturellen und politischen Motivlagen kommt offenbar eine größere Bedeutung zu (Rippl & Seipel 2018). Politisch spielt das Gefühl, dass die eigenen Interessen im politischen Geschehen der Bundesrepublik nicht repräsentiert werden, eine große Rolle. Parolen wie „Lügenpresse!“ und „Merkel muss weg!“, die vehemente Ablehnung der sogenannten „Altparteien“ und die Rede vom „abgehobenen politischen Establishment“ spiegeln eine fundamentale Kritik an zentralen politischen Institutionen unserer Gesellschaft wider. Der aggressive, autoritäre Modus des Vortrags und die Zuschreibung der eigenen Forderungen als „Volkswille“ belegen ein geringes Interesse an Pluralität und an demokratischen Lösungen im Rahmen der gegebenen Strukturen. In dem bei Pegida-Demonstrationen häufig skandierten Ruf „Wir sind das Volk!“ wird eine als solche empfundene Divergenz zwischen der Politik („die da Oben“) und dem Willen der Bevölkerung erkennbar, wobei man/frau sich selbst als Träger*in des Mehrheitswillens imaginiert, der letztlich autoritär gegenüber anderen Meinungen durchgesetzt werden soll. Ein Dialog mit anderen Positionen wird nicht gesucht. Politikverdrossenheit und autoritäre Grundhaltungen zeigen sich zudem in empirischen Befunden, insbesondere in einer deutlich höheren Zustimmung „besorgter Bürger*innen“ – hier operationalisiert durch „Überfremdungsängste – zu Stärke und Führung.

Dies belegen etwa auch unsere eigenen Analysen der Daten des Sachsen-Monitors 2018¹ (Abb. 1).

Abbildung 1: Politikverdrossenheit und autoritäre Impulse bei „besorgten Bürger*innen“



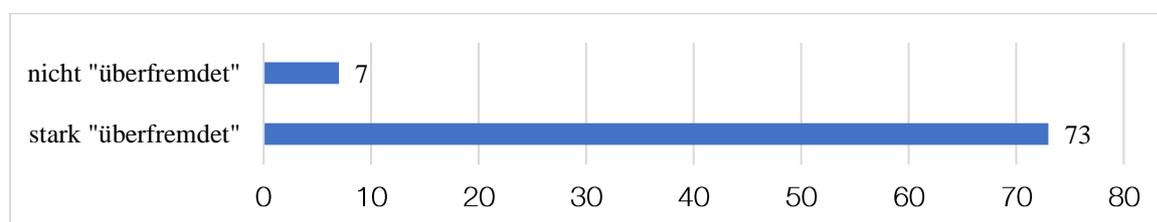
* *Quelle:* Sachsen-Monitor (2018). Besorgte Personen, die sich überfordert fühlen/Referenzgruppe: Personen, auf die das wenig oder gar nicht zutrifft; Angaben in Prozent

Kulturelle Frustrationen und Unzufriedenheit mit der offenen Gesellschaft fließen bei der Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft zusammen. Insbesondere der Aspekt der Feindlichkeit gegenüber anderen ethnischen Gruppen verbindet die sozialstrukturell heterogene Gruppe der „besorgten Bürger*innen“. Betrachtet man etwa die AfD-Wähler*innen im Vergleich zu allen anderen Wähler*innen anhand der Daten der Mitte-Studie 2016, zeigt sich zum Beispiel, dass 80,3 Prozent der AfD-Wähler*innen Muslim*innen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen wollen, bei den Wähler*innen aller anderen Parteien sind das im Durchschnitt 36,3 Prozent und weniger (Brähler et al. 2016: 82). Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden, fordern 77,5 Prozent der AfD-Wähler*innen, bei den Wähler*innen der anderen Parteien sind es 49 Prozent und weniger (ebenda: 84). Auch Rippl

¹ Datengrundlage der folgenden Analysen ist der Sachsen-Monitor von 2018. Es handelt sich dabei um eine Bevölkerungsumfrage unter sächsischen Bürger*innen zur Beobachtung der Einstellungen zu gesellschaftlichen und politischen Themenfeldern, die von der Sächsischen Staatsregierung beauftragt wurde. Die vorliegenden Daten wurden zwischen dem 28. Juni und 23. August 2018 erhoben. Befragt wurden 1011 Personen ab 18 Jahren mittels eines standardisierten Fragebogens im Rahmen von computergestützten persönlichen Interviews (Computer Assisted Personal Interviews, CAPI). Die Befragten wurden nach dem Zufallsprinzip mittels des Random-Auswahlverfahrens (ADM- Design) ausgewählt. Es handelt sich um eine mehrfach geschichtete, mehrstufige Zufallsstichprobe. Die Erhebung wurde von dimap, Bonn durchgeführt (Sachsen-Monitor 2018).

und Seipel (2018) belegen die besondere Bedeutung kultureller Motive, wobei insbesondere der Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft die Hinwendung zur AfD befördere. Dass es sich dabei nicht um einen konkreten Problembezug hinsichtlich zugewanderter Geflüchteter handelt, belegt die überdurchschnittlich stark ausgeprägte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Menschen, die sich überfremdet fühlen (Abb. 2). Solche Überfremdungsgefühle gehen sehr häufig mit einer Ablehnung weiterer gesellschaftlicher Minderheiten einher, darunter Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Sinti und Roma, Juden oder Homosexuelle.

Abbildung 2: Anteil von Personen mit sehr hoher gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit; Angaben in Prozent



Quelle: Sachsen-Monitor (2018)

Es zeigt sich ein deutlich höheres Niveau an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gruppe der „Besorgten“ (Abb. 2). Die angeführten Befunde widersprechen dem häufig vorgebrachten Argument, die Einstellungen der „besorgten Bürger*innen“ seien eine reine Reaktion auf Überforderungen durch die Zunahme der Zuwanderung durch Geflüchtete. Sehr häufig ist diese Reaktion auf fundamentalere menschenfeindliche Haltungen zurückzuführen; dies trifft offenbar auf einen signifikanten Anteil der „besorgten Bürger*innen“ zu. Diese Befunde einer umfassenderen Einstellungskonstellation werden auch durch Eindrücke belegt, die unter den Teilnehmer*innen von Pegida-Demonstrationen gewonnen wurden (Daphi et al. 2015; Geiges et al. 2015; Korsch 2018). Betrachtet man die „besorgten Bürger*innen“ bei den Pegida-Aufmärschen, so zeigen sich keine Berührungsängste zu äußerlich erkennbaren Rechtsextremist*innen. Ebenso wenig problematisiert werden das Zeigen des Hitlergrußes, das Tragen von Varianten der Reichkriegsflagge, die Leugnung oder Verharmlosung des Holocausts (MDR 2019; Neue Presse 2019) oder die Verharmlosung von Kriegsverbrechen etwa durch AfD-Funktionär*innen. – Stattdessen werden derlei Äußerungen als „Meinung“ verharmlost. Auch menschenfeindliche Äußerungen wie der Ruf „Absaufen, Absaufen“ (DNN 2018) als „Kommentar“ von Pegida-Teilnehmer*innen zu den Rettungsschiffen im Mittelmeer

führen nicht zur Distanzierung. Sehr illustrativ sind in diesem Zusammenhang die von Lamprecht (2018) aufgezeichneten Zuggespräche „besorgter Bürger*innen“ auf der Strecke Chemnitz–Dresden nach einer Demonstration in Chemnitz, bei der Aussagen fielen wie: Man sollte „ein paar Viehanhänger zusammenzustellen, dort alles rein, die Merkel auch.“ Oder: „Letztlich sei Zschäpe ohne Beweise nur eingesperrt worden, damit sie die Fresse hält.“ Oder: „Da gibt es nur eine Sprache, die sie [Ausländer*innen] wirklich verstehen: Auf's Maul, auf's Maul, auf's Maul!“ Lamprecht (2018) weist ausdrücklich darauf hin, dass diejenigen, die das sagten, keine Glatzköpfe in Springerstiefeln gewesen seien, sondern äußerlich besehen ganz normale sächsische Bürger*innen. Bereits diese Mischung einschlägiger Themen deutet darauf hin, dass es sich nicht allein um die Sorge vor einer Überforderung durch Zuwanderung von Geflüchteten handelt. Die Zuwanderungsthematik kann aber als zentrale Klammer für diese heterogene Gruppe gelten. Die „Angst“ vor mehr Zuwanderung ist in weiten Teilen der Bevölkerung anschlussfähig und geht weit über den engeren Kreis einer sich offen bekennenden Gruppe rechtsextrem gesinnter Personen hinaus: sie dockt an bereits in der Gesellschaft vorzufindende rassistische Ressentiments an (Decker et al. 2018).

Die Mitte-Studien von 2016 und 2018 zeigen für AfD-Anhänger*innen deutliche Abweichungen der Einstellungsmuster von allen anderen Wähler*innengruppen hinsichtlich der Haltung zu Gewalt, der Zustimmung zur Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist, zu Homosexualität und zu den Medien (Brähler et al. 2016: 73 ff.; Decker et al. 2018: 93). Zusammenfassend zeigt die Tabelle 1 ein deutlich abweichendes Profil von AfD-Wähler*innen auch bei manifest rechtsextremen Einstellungen. Bei allen Subdimensionen ergeben sich drastisch höhere Werte.

Tabelle 1: Geschlossen manifest rechtsextreme Einstellungen je Dimension unter den Parteiwähler*innen in der Mitte-Studie 2018 (in Prozent)*

	CDU/CSU (N = 444)	SPD (N = 425)	FDP (N = 92)	Grüne (N = 173)	Die Linke (N = 167)	AfD (N = 160)	Nichtwähler (N = 312)	Parteiwahl unsicher (N = 137)	Wahlteilnahme unklar (N = 202)
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur**	2,3	1,9	4,3	1,2	1,8	13,1	4,5	3,7	2,5
Chauvinismus**	17,5	19,5	15,4	11,6	12,7	40,0	19,2	12,4	18,7
Ausländerfeindlichkeit **	22,0	22,8	18,5	11,0	15,0	55,6	26,6	18,3	26,2
Antisemitismus**	2,5	4,3	3,3	1,2	3,7	12,5	7,1	3,7	1,5
Sozialdarwinismus**	2,9	2,1	6,5	1,2	1,2	7,5	3,5	2,2	4,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus**	0,9	0,9	–	–	3,0	10,0	4,2	2,9	2,5

Pearsons Chi-Quadrat: **p < .01

Quelle: Decker et al. (2018: 93)

*Zustimmung zu jeweils allen Items der jeweiligen Skala

Auch wenn nicht alle „besorgten Bürger*innen“, die sich bei Pegida oder der AfD wiederfinden, klar dem Lager des Rechtsextremismus zuzuordnen sind, finden sich bei einem substantziellen Anteil dieser Personen neben sogenannten „asylkritischen Haltungen“ weitere Einstellungsmuster, die für ein umfassenderes rechtsextremes Weltbild sprechen. Brähler et al. (2016) sprechen von einer „gefährlichen Mischung von Einstellungen“, die sich bis hin zu einem höheren Maß an Gewaltbereitschaft und Zustimmung zu Gewalt bewegen. Folgen dieser Haltungen und dieser Radikalisierung sind in der Gesellschaft bereits spürbar. Die „besorgten Bürger*innen“, die noch keine gefestigten Weltbilder aufweisen, aber keinerlei Probleme damit haben, gemeinsam mit Rechtsextremen, Holocaustleugner*innen und Neonazis auf die Straße zu gehen, belegen ihre Offenheit nach rechts außen. Korsch (2018: 282), der sich intensiver mit der Frage nach der Akzeptanz von Gewalt unter den Teilnehmer*innen der Pegida-Versammlungen beschäftigt hat, sowie auch Zick und Küpper (2015: 11) kommen zu dem Befund, dass Strömungen wie Pegida sich zwar nach außen hin plakativ von manifester Gewalt distanzieren, tatsächlich aber im Rahmen ihrer Aufmärsche zunehmend gewaltorientierte Rechtsextreme und verwandte Gruppierungen wie etwa Hooligans integrieren – offenbar ohne

dadurch ihre Kernklientel abzuschrecken. Der Resonanzraum für diese Gruppierungen reicht also weit in die größere Gruppe der „besorgten Bürger*innen“ hinein; die Forderung nach einem „Zuhören“ öffnet damit die „Bühne“ auch für rechtsextreme Positionen.

5. Fazit – Wer sind die „besorgten Bürger*innen“ und sollte man ihnen eine Bühne bieten?

Ein nicht unerheblicher Teil der „besorgten Bürger*innen“ verfügt über ein rechtsextremes Weltbild oder lässt zumindest eine klare Offenheit für ein derartiges Weltbild erkennen. Sie stellen keineswegs einen Querschnitt der Bevölkerung dar. Wie die hier zitierten Analysen zeigen, gibt es extreme Abweichungen zu allen anderen Wähler*innengruppen, wiewohl einige Einstellungen – insbesondere rassistische Ressentiments – bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Die dargelegten Befunde sprechen dafür, dass die Proteste bei vielen Teilnehmer*innen in ein umfassenderes (rechtsextremes) Weltbild eingebunden sind, wobei die Zuwanderung von Geflüchteten gewissermaßen zugleich als Katalysator und Ventil wirkt.

Daher stellt sich die Frage, inwieweit ein „Zuhören“ oder ein Zugehen auf diese Wähler*innengruppen oder Protestierenden sinnvoll und gerechtfertigt ist – inwieweit es sich also um einen in einer Demokratie potenziell fruchtbaren politischen Kampf um die Durchsetzung von Sichtweisen und Deutungshoheiten handelt. In Anbetracht der hier vorgelegten Befunde widersprechen wir dieser Sichtweise. Demokratischer Diskurs bedeutet nicht, alle Haltungen als gleichberechtigt gelten zu lassen. Es gibt basale Rahmenbedingungen: Spielregeln, deren Infragestellung keinen Aspekt von Meinungsfreiheit darstellt. Rassistische Haltungen, die Befürwortung von Gewalt, die Nichtanerkennung des Prinzips von der Gleichheit der Würde aller Menschen und die Relativierung des Holocausts sind keine diskutierbaren „Meinungen“, sondern Angriffe auf die Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung, die nicht einem relativistischen Aushandeln von Spielregeln preisgegeben werden können. Die streitbare Demokratie hat Grenzen, und genau diese werden von einem Großteil der „besorgten Bürger*innen“ entweder gar nicht erst akzeptiert oder zumindest leichtfertig überschritten. „Zuzuhören“ und „mit Rechten zu reden“ befördert somit eine Diskursverschiebung und Normalisierung rechter Diskurse in die Mitte der Gesellschaft.

Diese hier empirisch gestützte Sichtweise, AfD-Wähler*innen oder „besorgte Bürger*innen“ als Personen zu betrachten, die außerhalb des Systems und des Diskursrahmens stehen, wird

häufig kritisiert. AfD-Sympathisant*innen, so heißt es, würden dabei ausschließlich auf ihre Rolle als Symptomträger mit autoritären Persönlichkeitsstrukturen sowie charakterlichen und moralischen Defiziten reduziert, also als Träger irrationaler, rassistischer Vorurteile (Koppetsch 2018), und als nicht ernstzunehmende Akteur*innen behandelt. Provokante Äußerungen zu Bio-Essen, zu Toiletten für das dritte Geschlecht, zur Homosexualität oder, allgemeiner, zur Pluralisierung und Kosmopolitisierung westlicher Gesellschaften scheinen dabei oberflächlich betrachtet weniger problematisch zu sein als die von „besorgten Bürger*innen“ explizit vertretenen autoritären, sexistischen und sozialdarwinistischen Haltungen. Gleichwohl muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse selbst ebenfalls im Kampf um Hegemonie mitzudenken und zu analysieren sind, denn auch in ihnen lässt sich das Programm eines radikalen antiliberalen und national-autoritären rechtspopulistischen Projekts nachzeichnen (Sauer 2018: 313 ff.). Wer basale Vereinbarungen des demokratischen Miteinanders missachtet, kann nicht verlangen, gleichberechtigt am Diskurs teilzuhaben. Ebenso muss ein gemeinsamer Begriff von diskutierbaren Fakten vorhanden sein, um nicht dem Relativismus alle Türen zu öffnen – die Haltung brüllender Pegidianer*innen zu „Lügenpresse“ und „Überfremdung“ steht nicht gleichwertig neben wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema Migration und Meinungsfreiheit.

Mit Habermas lässt sich zusammenfassen: „Daraus dürften demokratische Parteien für den Umgang mit Leuten, die solchen Parolen nachlaufen, eigentlich nur eine Lehre ziehen: Sie sollten diese Art von ‚besorgten Bürgern‘, statt um sie herumzutanzten, kurz und trocken als das abtun, was sie sind – der Saatboden für einen neuen Faschismus“ (Habermas 2016).

Stellt diese Sichtweise, wie Koppetsch (2018) behauptet, nun im Sinne Edward Saids (2003) einen Prozess des „Othering“ dar, oder stellen unsere Ergebnisse Fakten dar, die einen Ausschnitt der Realität korrekt beschreiben? Oder gibt es auch in den Wissenschaften keine gesicherten Fakten, da Fakten selbst sozial konstruiert und damit historisch kontingent sind? Ist jede Kategorisierung – also das Treffen einer Unterscheidung – somit ein „Othering“, da wir uns ja nur mit unserem bereits vorhandenen Vorwissen dem Anderen, dem Unbekannten nähern können? Insofern haben jedes (Fremd-)Erklären und jedes Fremdverstehen eine Nostrifizierung als unhintergehbare Voraussetzung. Oder wird durch die Zurichtung der Forschungsobjekte durch das jeweilige Forschungsdesign eine Form von Normalität geschaffen, deren „Anforderungen“ AfD-Sympathisant*innen nur schwer oder gar nicht gerecht werden können (vgl. Gyamerah 2014: 26)? Dieser Aspekt wiederum würde das Phänomen des Othering beschreiben. Hierbei wird ein selbst gewählter Standard zur Norm und im Umkehrschluss

dadurch eine selbst gewählte Abweichung als Andersheit konstruiert (Ogette 2017: 59). Die Standortgebundenheit der Wissenschaftler*innen stellt dabei auch ein Problem dar. Zwar ist die Wissenschaftler*in in der Analyse dem unmittelbaren Handlungsvollzug enthoben und kann so versuchen, eine kritische Distanz zu erreichen. Andererseits befindet sich die Wissenschaftler*in meist in einer privilegierten Position und gehört eher selbst zu den Kosmopolit*innen, die den politischen Angeboten der Rechtspopulist*innen kritisch gegenüberstehen. Kann diese Beschreibung dazu führen, dass wir als Wissenschaftler*innen bewusst oder unbewusst unseren Forschungsgegenstand so konzipieren, dass gewünschte oder erhoffte Ergebnisse dabei zustande kommen? Dies würde grundsätzlichen Anforderungen an wissenschaftliche Haltungen wie Neugier, Ergebnisoffenheit und Distanz widersprechen. Grundsätzlich muss die Möglichkeit der Kritik und der Falsifikation gegeben sein. Die theoretischen Vorabentscheidungen der Wissenschaftler*innen, das Formulieren der Items in standardisierten Befragungen und die Kategorien, die bei einer (teilnehmenden) Beobachtung zugrunde gelegt werden, eröffnen zwar einen bestimmten Wahrnehmungshorizont, präjudizieren aber nicht die Daten, denn die Befragten hatten jederzeit die Möglichkeit, auf die vorgelegten Fragen in einer anderen Art und Weise zu antworten, und auch die Beobachteten hätten sich durchaus anders verhalten können – aber sie taten es nicht!! Deshalb sind aus unserer Sicht die hier vorgelegten Annäherungen an die „besorgten Bürger*innen“ keine methodischen Artefakte, sondern eher besorgniserregende Befunde, die gleichwohl in zukünftigen Studien noch weiter erforscht werden müssen. Zudem sollte stärker daran gearbeitet werden, theoretisch und empirisch zwischen möglicherweise berechtigten und unberechtigten Einwänden und irrationalen, pathologischen, auf andere Personen verschobenen Ängsten zu differenzieren.

Zudem implizieren empirische Ergebnisse kein Sollen; insofern können sie nur im Rahmen einer normativen Vorstellung eingeordnet und bewertet werden. Hier verdoppelt sich das Problem, denn auch normative Vorstellungen und Institutionen wie das Grundgesetz sind aus gesellschaftlichen Kämpfen hervorgegangen, die wiederum bestimmte Weltansichten und Deutungsmuster hegemonial gemacht haben. Allerdings würde eine Aufhebung dieser Standards und Referenzsysteme einen Relativismus begünstigen, der in einen moralischen Nihilismus führt. Zumindest in der politischen Arena, in der sich die „besorgten Bürger*innen“ ganz praktisch bewegen, gelten moralische Spielregeln, an denen sie zu messen sind, um in ebendieser Arena als politische Akteur*innen wahrgenommen zu werden.

Wie kommen Wissenschaftler*innen aus dieser Schleife heraus? Problematisch für die weitere Diskussion – zumindest in der Soziologie – bleibt die Beobachtung, dass durch die doppelte Verortung der Soziologie in einer naturwissenschaftlich-kritisch-rationalen und einer

hermeneutisch-geisteswissenschaftlichen Tradition kaum eine gewisse Zerrissenheit darüber geleugnet werden kann, was gute Wissenschaft ist und kann (Mau & Villa 2018: 280 f.).

6. Quellenverzeichnis

- Brähler E, Kiess J & Decker O (2016). Politische Einstellungen und Parteipräferenz. Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler. In: Decker O, Kiess J & Brähler E (Hrsg.) *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland* (S. 67–94). Gießen: Psychosozial-Vlg.
- Daphi P, Kocyba P, Neuber M, Roose J, Rucht D, Scholl F, Sommer M, Stuppert W & Zajak S (2015). *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*. Berlin: Verein für Protest- und Bewegungsforschung.
- Decker O, Kiess J, Schuler J, Handke B & Brähler E (2018). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker O & Brähler E (Hrsg.) *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 65–116). Gießen: Psychosozial-Vlg.
- DNN (2018). „Absaufen“-Rufe bei Pegida werden Fall für Staatsanwaltschaft. *Dresdner Neuste Nachrichten*, 7. August 2018. <https://www.dnn.de/Dresden/Polizeiticker/Absaufen-Rufe-bei-Pegida-werden-Fall-fuer-Staatsanwaltschaft>
- Dörre K (2016). Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, neue Rechte und der Verteilungskonflikt – Sechs Thesen. In: Rehberg K-S, Kunz F & Schlinzig T (Hrsg.) *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung?* (S. 259–288). Bielefeld: Transcript.
- Dowling E, van Dyk S & Graefe S (2017). Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. *Prokla* 47: 411–420.
- Eribon, D (2016). *Rückkehr nach Reims*. Berlin: Suhrkamp.
- Geiges L, Marg S & Walther F (2015). *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld: Transcript.
- Gyamerah D (2014). *Der schulische Erfolg Schwarzer Schülerinnen und Schüler in Deutschland – Eine rassismuskritische Analyse des Mikrozensus*. Hintergrundpapier zum Parallelbericht an den UN-Antirassismusausschuss zum 19.–22. Bericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung. <http://rassismusbericht.de/wp-content/uploads/Hintergrundpapier-Daniel-Gyamerah.pdf>
- Habermas J (2016). Für eine demokratische Polarisierung. Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11: 35–42.

- Heitmeyer W (2018). *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Inglehart R & Norris P (2016). Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash. *HKS Working Paper RWP16-026*.
- Koppetsch C (2018). Rechtspopulismus als Klassenkampf? Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung. *WSI-Mitteilungen* 71(5): 382–391.
- Korsch F (2018). Pegida und Gewalt: Das Beispiel der „Freien Kameradschaft Dresden“. In: Decker, O & Brähler E (Hrsg.) *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 267–286). Gießen: Psychosozial-Vlg.
- Lamprecht H (2018). Zivilisationsabbruch. Im Zug von Chemnitz. *Confessio*, 28. August 2018 <https://www.confessio.de/artikel/1196>
- Lengfeld H & Dilger C (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie* 47(3): 181–199.
- Lilla M (2017). Das Scheitern der Identitätspolitik. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62: 48–51.
- Lux T (2018). Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie „Die ‚Alternative für Deutschland‘: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70: 255–274.
- Mau S & Villa PI (2018). Von angeblich alternativlosen und alternativen Fakten. *Soziologie* 47(3): 273–283.
- MDR (2019). Dresden verbietet Stand von Holocaust-Leugnern bei Pegida-Demo. Mitteldeutscher Rundfunk, 17. Oktober 2019. <https://www.mdr.de/sachsen/dresden/dresden-radebeul/pegida-verbot-stand-holocaust-leugner-100.html>
- Nachtwey O (2016). Pegida, politische Gelegenheitsstrukturen und der neue Autoritarismus. In: Rehberg K-S, Kunz F & Schlinzig T (Hrsg.) *PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung?* (S. 299–312). Bielefeld: Transcript.
- Neue Presse (2019). Holocaust-Leugnung, Hitlergruß, Körperverletzung – mehrere Rechtsverstöße bei Pegida in Dresden. *Neue Presse*, 16. Juli 2019. <https://www.neuepresse.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Holocaust-Leugnung-Hitlergruss-Koerperverletzung-mehrere-Rechtsverstoesse-bei-Pegida-in-Dresden>
- Ogette T (2017). *Exit Racism: Rassismuskritisch denken lernen* (2. Aufl.). Münster: Unrast.
- Richter F (2018). *Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet*. Berlin: Ullstein.
- Rippl S & Seipel C (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70: 237–254.

Sachsen-Monitor (2018). <https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/ergebnisbericht-sachsen-monitor-2018.pdf>

Said EW (2003). *Orientalism*. New York: Penguin.

Sauer B (2018). Radikaler Rechtspopulismus als männliche Identitätspolitik. In: Becker K, Dörre K & Reif-Spirek P (Hrsg.) *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte* (S. 313–323). Frankfurt am Main: Campus.

Zick A & Küpper B (2015). Volkes Stimme? Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte. *APuZ* 65(40): 9–16.